



AMTSBLATT

Herausgeber: Der Bürgermeister der Kreisstadt Mettmann

Nr. 20/2020

30. Jahrgang

5. Juni 2020

Inhaltsverzeichnis

39 Öffentliche Bekanntmachung der Kreisstadt Mettmann

über die aktualisierte Tagesordnung zur Fortsetzung der 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.05.2020 am Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10. Juni 2020, jeweils 17:00 Uhr bis max. 19:00 Uhr, in der Aula des Konrad-Heresbach-Gymnasiums, Laubacher Straße 13, 40822 Mettmann

Die Bevölkerung ist zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen, aufgrund der durch das Corona-Virus bedingten Gefährdungslage stehen allerdings nur beschränkte Plätze zur Verfügung.

40 Öffentliche Bekanntmachung der Kreisstadt Mettmann

über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die im Jahr 2020 stattfindenden Wahlen der Vertretung der Kreisstadt Mettmann sowie der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters

39

Öffentliche Bekanntmachung der Kreisstadt Mettmann

über die
aktualisierte Tagesordnung
zur Fortsetzung der 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.05.2020
am Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10.06.2020,
jeweils 17:00 Uhr – max. 19:00 Uhr,
in der Aula des Konrad-Heresbach-Gymnasiums,
Laubacher Straße 13, 40822 Mettmann

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentlicher Teil:

1. Formalien
 - Eröffnung der Sitzung
 - Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - Feststellung der Anwesenheit
 - Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - Änderung und Erweiterung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Anfragen
 - 4.1 ~~Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.05.2020 (Eingang 14.05.2020)~~
hier: Brandschutz in der Stadthalle
 - 4.2 ~~Anfrage der Fraktion Die Grünen vom 19.05.2020 (Eingang 19.05.2020)~~
hier: Fahrzeuge Feuerwehr
 - 4.3 ~~Anfrage der Fraktion PIRATEN/LINKE vom 21.05.2020 (Eingang 22.05.2020)~~
hier: Temporäre Fahrradstreifen
 - 4.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.05.2020 (Eingang
01.06.2020)
hier: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausgestal-
tung der
 Probephase der neu eingerichteten Fahrradstraße
- 5.a ~~Erläuterungen zu Aufgaben und Erfordernissen der Feuerwehr~~

- 5.b Entfernung eines Sperrvermerkes
hier: Fahrzeugbeschaffung Feuerwehr
- 6.a Mittelfreigaben
hier: Feuerwehr
- 6.b Mittelfreigabe
hier: Feuerwehr—Ersatzbeschaffung Löschfahrzeug—stillgelegt
- 6.e Mittelfreigaben
hier: Fahrzeugbeschaffung für den Rettungsdienst
- 6.d Mittelfreigaben
hier: Gerätebeschaffung für den Rettungsdienst
- 6.e Mittelfreigaben
hier: Beschaffung von Schutzbekleidung für die Feuerwehr
- 6.f Mittelfreigaben
Neubau einer Fahrzeughalle (Obschwarzbach)
- 6.g Mittelfreigaben
Kindertageseinrichtung Spessartstraße
- 7. ~~Bebauungsplan Nr. 146—Karpendeller Weg / August-Burberg-Straße~~
~~Beschluss über Anregungen und Bedenken und~~
~~Beschluss als Satzung gemäß § 10 BauGB~~
- 8. Bebauungsplan Nr. 143 - Georg-Fischer-Straße
Beschluss über Anregungen und Bedenken während der ersten und der
zweiten öffentlichen Auslegung und
Beschluss als Satzung gemäß § 10 BauGB
- 9. Satzung der Stadt Mettmann über die Ablösung von Stellplätzen
- 10.a Erhebung von Elternbeiträgen für die offene Ganztagschule im Primarbereich
hier: Satzungsänderung
- 10.b Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in
Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege
hier: Satzungsänderung
- 11. Kindertagespflege
hier: Änderung der Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege
- 12. Finanzsituation

13. ~~Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW hier: Aussetzen der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primarstufe im Zuge von COVID-19 für den Monat Mai 2020~~
14. Fraktionsanträge
- 14.1 ~~Antrag der UBWG-Fraktion vom 25.02.2020 (Eingang 26.03.2020) hier: Unterstützung für in Mettmann ansässige Firmen (Corona bedingte Folgen)~~
- 14.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2020
hier: Coronapaket für die Ausstattung der Mettmanner Schulen
- 14.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2020 (Eingang 28.04.2020)
hier: Ausschöpfung von Digitalisierungspotentialen im gesamten Verwaltungsbereich
- 14.4 Antrag der Fraktion PIRATEN/LINKE vom 01.05.2020
hier: Umwidmung von Straßenflächen zu Fahrradspuren für die Dauer der Corona-Krise
- 14.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.11.2019 (Eingang 28.11.2019)
Generationsübergreifender Spielplatz im Mettmanner Stadtgebiet
- 14.6 Antrag der UBWG-Fraktion vom 05.02.2020 (Eingang 05.02.2020)
hier: Neubau einer Gesamtschule
- 14.7 Antrag der UBWG-Fraktion vom 05.02.2020 (Eingang 05.02.2020)
"Neubau Feuerwehr"
- 14.8 Antrag der UBWG-Fraktion vom 05.02.2020 (Eingang 05.02.2020)
hier: Bedarfsgerechter Ausbau der Grundschulen
- 14.9 Antrag der UBWG-Fraktion vom 05.02.2020
hier: Antrag für die Haushaltsplanberatungen 2020
- 14.10 Antrag der UBWG-Fraktion vom 05.02.2020
hier: "Personalkonzept zur Haushaltskonsolidierung"
- 14.11 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 17.01.2020 (Eingang 17.02.2020)
hier: Energieberatungsstelle
- 14.12 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 29.01.2020 (Eingang 17.02.2020)
hier: Mettmann wird "Essbare Stadt"
- 14.13 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 10.02.2020 (Eingang 17.02.2020)
Klimaschutzmanager*in

- 14.14 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 12.02.2020 (Eingang 17.02.2020)
Fahrt aufnehmen im Öffentlichen Personennahverkehr
- 14.15 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 17.02.2020
Erneuerbare Energien - Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden
- 14.16 Antrag der SPD Fraktion vom 23.02.2020 (Eingang 24.02.2020)
hier: Ausbau der Wohn- und Pflegeberatung
- 14.17 Antrag der UBWG-Fraktion vom 23.02.2020 (Eingang 24.02.2020)
hier: Resolution an den Landtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach dem KAG
- 14.18 Antrag der PIRATEN/LINKE vom 27.02.2020 (Eingang 27.02.2020)
hier: Resolution an den Landtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach dem KAG
- 14.19 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2020 (Eingang 27.02.2020)
hier: Fördermittel Bibliotheken
- 14.20 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2020 (Eingang 27.02.2020)
hier: KiTa-Situation Notprogramm
- 14.21 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2020 (Eingang 27.02.2020)
hier: Fläche für neue Kindertagesstätte
- 14.22 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 26.02.2020 (Eingang 28.02.2020)
hier: Stadthalle schließen - Kultur neu aufstellen
- 14.23 Antrag der CDU vom 28.02.2020 (Eingang 28.02.2020)
hier: Ordnungspartnerschaft
- 14.24 Antrag der SPD-Fraktion vom 22.02.2020 (Eingang 03.03.2020)
hier: Initiative zur Etablierung eines kreisweiten E-Bike Sharing Systems
- 14.25 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 03.03.2020 (Eingang 03.03.2020)
hier: Grundsatzbeschluss zur Vermietung von Veranstaltungsräumen und Hallen
- 14.26 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2020 (Eingang 06.03.2020)
hier: Unterstützung Caritasprojekt "Vermittlung von Flüchtlingen aus den Flüchtlingsunterkünften in Wohnungen" - (Ergänzung zum Antrag der CDU zum Sozial- und Familienausschuss)
- 14.27 Antrag der Fraktion PIRATEN/LINKE vom 08.03.2020 (Eingang 12.03.2020)
hier: Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Ausschüsse
- 14.28 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2020 (Eingang 12.03.2020)
hier: Schließung der Stadthalle

- 14.29 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 28.04.2020 (Eingang 30.04.2020)
hier: Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen
- 14.30 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 08.05.2020 (Eingang 11.05.2020)
hier: Bereitschaft zur Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- ~~14.31 Antrag der Fraktion Die Grünen vom 13.05.2020 (Eingang 13.05.2020)
hier: Gleichbehandlung virtueller Fraktionssitzungen~~
- 14.32 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2020 (Eingang 19.05.2020)
hier: Schnelleres Internet
- 14.33 Antrag der UBWG-Fraktion vom 26.05.2020 (Eingang 26.05.2020)
hier: Bebauungsplan Nr. 143 - Georg-Fischer-Straße
Vertagung, Moderationsverfahren, Stellungnahme der Wirtschaftsförderung
- 15.a Antrag des Ratsmitgliedes Hans-Werner Leonhardt (Eingang 20.05.2020)
hier: Reduzierung der Gebühren für die Außengastronomie
- 15.b Antrag des Ratsmitgliedes Hans-Werner Leonhardt vom 16.03.2020
(Eingang 17.03.2020)
hier: Aufhebung der Baumschutzsatzung
- 15.c Antrag des Ratsmitgliedes Hans-Werner Leonhardt (Eingang
29.05.2020)
hier: Satzungsänderung Straßenausbaubeiträge
16. Bürgeranregung nach § 25 GO NRW
"Resolution für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge"
- ~~17. Digitalisierung der Verwaltung (Informationsvorlage)~~
- 17.1 Digitalisierung der Verwaltung (Beschlussvorlage)
18. Gesamtabschluss 2017
- ~~19. Änderung der Anlage zu § 8 der Sondernutzungssatzung der Stadt Mettmann~~
- ~~20. Erstattung der Elternbeiträge für die verlässliche Betreuung (Übermittagsbetreu-
ung) an die freien Träger im Zuge von COVID-19 für die Monate April und Mai 2020~~
21. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
hier: Antrag der Fraktion Die Grünen auf Nachbesetzung des Kommunalwahlaus-
schusses
- 21.1 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
hier: Antrag der SPD-Fraktion auf Nachbesetzung des
Kommunalwahlausschusses (Eingang 02.06.2020)

- 1.2 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
hier: Antrag der CDU-Fraktion auf Nachbesetzung des
Kommunalwahlausschusses (Eingang 04.06.2020)
22. Haushaltsplanberatungen
hier: Antrag des SKFM-Förderung "Hilfe für geflüchtete Frauen" vom 11.12.2019
23. Änderung der Hauptsatzung
24. Integrationsratswahl 2020
25. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Aussetzen der hälftigen Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Zuge von COVID-19 für die Monate Juni und Juli 2020
26. Verschiedenes

B) Nichtöffentlicher Teil:

27. Mitteilungen der Verwaltung
28. Anfragen
29. Fraktionsanträge
30. Digitalisierung der Verwaltung
31. Bebauungsplan Nr. 143 - Georg-Fischer-Straße
Beschluss über Anregungen und Bedenken während der ersten und der zweiten öffentlichen Auslegung und
Beschluss als Satzung gem. § 10 BauGB
hier: Liste der Privaten Einwender
32. Verschiedenes

Die Bevölkerung ist zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen, aufgrund der durch das Corona-Virus bedingten Gefährdungslage stehen allerdings nur beschränkte Plätze zur Verfügung.

40

Öffentliche Bekanntmachung der Kreisstadt Mettmann

über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die im Jahr 2020 stattfindenden Wahlen der Vertretung der Kreisstadt Mettmann sowie der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters

I.

Gemäß § 24 der Kommunalwahlordnung (KWahlO) vom 31. August 1993 (GV. N W. S. 592, 967), in der derzeit gültigen Fassung, fordere ich zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl in den Wahlbezirken, aus den Reservelisten und der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters der Kreisstadt Mettmann auf. Dabei weise ich darauf hin, dass Staatsangehörige der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) unter den gleichen Voraussetzungen wie Deutsche wählbar sind.

Für die Wahlvorschläge sind amtliche Vordrucke zu verwenden, die vom Wahlleiter der Kreisstadt Mettmann im Rathaus, Neanderstraße 85, 40822 Mettmann, zu den allgemeinen Öffnungszeiten der Verwaltung ausgegeben werden. Die Vordrucke können ferner jederzeit in elektronischer Form über nachfolgenden Link <https://www.votemanager.de/parteienkomponente> abgerufen werden, so dass diese maschinell ausgefüllt, ausgedruckt und unterschrieben werden können.

Auf die Bestimmungen der §§ 15 bis 17 sowie 46b und 46d des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1998 (GV. NRW. S. 454, 509, 1999 S. 70 in der derzeit gültigen Fassung, und der §§ 25, 26 und 31 sowie 75a und 75b KWahlO weise ich hin.

Insbesondere ist Folgendes zu beachten:

1. Allgemeine Anforderungen

- 1.1. Wahlvorschläge können von politischen Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes (Parteien), von mitgliedschaftlich organisierten Gruppen von Wahlberechtigten (Wählergruppen) und von einzelnen Wahlberechtigten (Einzelbewerbern, ohne Reserveliste) eingereicht werden.
- 1.2. Als Bewerberin oder Bewerber einer Partei oder einer Wählergruppe kann in einem Wahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung im Wahlgebiet hierzu gewählt wurde. Kommt eine derartige Versammlung nicht zustande, so kann die Partei oder Wählergruppe ihre Bewerberinnen und Bewerber in einer Versammlung von Wahlberechtigten aufstellen lassen.

Bewerberinnen und Bewerber sowie die Vertreterinnen und Vertreter für eine Vertreterversammlung sind in geheimer Wahl zu wählen. Entsprechendes gilt für die Festlegung der

Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber auf der Reserveliste und für die Bestimmung der Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber.

Stimmberechtigt ist nur, wer am Tage des Zusammentritts der Versammlung im Wahlgebiet wahlberechtigt ist.

Als Vertreterin und Vertreter für eine Vertreterversammlung kann nur gewählt werden, wer am Tage des Zusammentritts der zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter einberufenen Versammlung im Wahlgebiet wahlberechtigt ist.

Die Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung und die Bewerberinnen und Bewerber sind innerhalb der letzten 15 Monate vor Ablauf der Wahlperiode, die Bewerberinnen und Bewerber für die Wahlbezirke frühestens nach der öffentlichen Bekanntgabe der Einteilung des Wahlgebietes in Wahlbezirke zu wählen.

Die in der Satzung der Partei oder Wählergruppe hierfür vorgesehene Stelle kann gegen den Beschluss einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch hin ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig. Das Nähere über die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlussfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber regeln die Parteien und Wählergruppen durch Satzungen.

Eine Ausfertigung der Niederschrift über die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber mit Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Form der Einladung, Zahl der erschienenen Mitglieder, Vertreterinnen bzw. Vertreter oder Wahlberechtigten und Ergebnis der Abstimmung ist mit dem Wahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben die Versammlungsleitung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmende gegenüber dem Wahlleiter an Eides statt zu versichern, dass die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt ist. Hinsichtlich der Reservelisten hat sich die Versicherung an Eides statt auch darauf zu erstrecken, dass die Festlegung der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber sowie die Bestimmung der Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber in geheimer Abstimmung erfolgt sind. Die Beibringung einer Ausfertigung der Niederschrift und der Versicherung an Eides statt bis zum Ablauf der Einreichungsfrist ist Voraussetzung für das Vorliegen eines gültigen Wahlvorschlages.

- 1.3. Ist die Partei oder Wählergruppe in der im Zeitpunkt der Wahlausschreibung laufenden Wahlperiode nicht ununterbrochen in der zu wählenden Vertretung, in der Vertretung des zuständigen Kreises, im Landtag oder aufgrund eines Wahlvorschlages aus dem Land im Bundestag vertreten, so kann sie einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie nachweist, dass sie einen nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vorstand, eine schriftliche Satzung und ein Programm hat; dies gilt nicht für Parteien, die die Unterlagen gem. § 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2, Abs. 4 des Parteiengesetzes bis zum Tage der Wahlausschreibung ordnungsgemäß beim Bundeswahlleiter eingereicht haben.

2. Wahlvorschläge für einen Wahlbezirk

2.1. Der Wahlvorschlag für einen Wahlbezirk soll nach dem Muster der Anlage 11a zur KWahlO eingereicht werden. Er muss enthalten:

- Den Namen und ggf. die Kurzbezeichnung der Partei oder Wählergruppe, die den Wahlvorschlag einreicht. Wahlvorschläge von Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern können durch ein Kennwort gekennzeichnet werden;
- Familiennamen, Vornamen, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift (bei mehreren Wohnungen die Anschrift der Hauptwohnung) und E-Mail-Adresse oder Postfach sowie die Staatsangehörigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers; bei Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach § 13 Abs. 1, 6 KWahlG sind auch der Dienstherr und die Beschäftigungsbehörde oder die Gesellschaft, Stiftung oder Anstalt, bei der sie beschäftigt sind, anzugeben.

Der Wahlvorschlag soll ferner Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten.

Der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe muss von der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung unterzeichnet sein (§ 15 Abs. 2 Satz 1 KWahlG). Bei anderen Wahlvorschlägen muss mindestens eine Unterzeichnerin bzw. ein Unterzeichner ihre bzw. seine Unterschrift auf dem Wahlvorschlag selbst leisten.

Wahlvorschläge der unter 1.3 genannten Parteien und Wählergruppen müssen ferner von drei Wahlberechtigten des Wahlbezirks, für den die Kandidatin oder der Kandidat aufgestellt ist, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Dies gilt auch für den Wahlvorschlag von Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern, es sei denn, dass sie in der zu wählenden Vertretung einen Sitz aufgrund eines Wahlvorschlages haben, in dem sie als Einzelbewerberin oder Einzelbewerber benannt waren und der Wahlvorschlag von ihnen selbst unterzeichnet ist. Die Wahlberechtigung ist nachzuweisen. Die ordnungsgemäße Unterzeichnung mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichnenden bis zum Ablauf der Einreichungsfrist ist Voraussetzung für das Vorliegen eines gültigen Wahlvorschlages, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, welche die oder der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden.

Muss der Wahlvorschlag für einen Wahlbezirk von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein, so sind die Unterschriften auf amtlichen Formblättern nach Anlage 14a zur KWahlO unter Beachtung folgender Vorschriften zu erbringen:

- Die Formblätter werden auf Anforderung vom Wahlleiter kostenfrei ausgegeben. Die Abgabe ist auch als Datei im PDF-Format möglich, so dass die Formblätter auch maschinell ausgefüllt und ausgedruckt werden können. Bei der Anforderung sind die Bezeichnung der Partei oder Wählergruppe, die den Wahlvorschlag einreichen will, bei Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern das Kennwort, sowie Familienname, Vornamen und Wohnort der vorzuschlagenden Bewerberin oder des Bewerbers anzugeben. Parteien und Wählergruppen haben ferner die Aufstellung der Bewerberin oder

des Bewerbers in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung nach § 17 KWahlG zu bestätigen. Der Wahlleiter hat diese Angaben im Kopf der Formblätter zu vermerken;

- die Wahlberechtigten, die einen Wahlvorschlag unterstützen, müssen dies auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen; neben den Unterschriften sind Familienname, Vornamen, Tag der Geburt und Anschrift der Hauptwohnung der Unterzeichnenden sowie der Tag der Unterzeichnung anzugeben;
- für alle Unterzeichnenden ist auf dem Formblatt oder gesondert eine Bescheinigung der Gemeinde nach dem Muster der Anlage 15 zur KWahlO beizufügen, dass sie im Wahlbezirk wahlberechtigt sind. Gesonderte Bescheinigungen des Wahlrechtes sind vom Träger des Wahlvorschlages bei der Einreichung des Wahlvorschlages mit den Unterstützungsunterschriften zu verbinden. Wer für andere eine Bescheinigung des Wahlrechtes beantragt muss nachweisen, dass die oder der Betreffende den Wahlvorschlag unterstützt;
- jede bzw. jeder Wahlberechtigte darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, so ist die Unterschrift auf allen Wahlvorschlägen ungültig. Die gleichzeitige Unterzeichnung eines Wahlvorschlags für einen Wahlbezirk und eine Reserveliste bleibt unberührt. Die Unterzeichnung des Wahlvorschlags durch die Bewerberin oder den Bewerber ist zulässig;
- Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen dürfen erst nach Aufstellung der Bewerberin oder des Bewerbers durch eine Mitglieder- oder Vertreterversammlung unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

2.2. Dem Wahlvorschlag sind beizufügen:

- Die Erklärung der vorgeschlagenen Bewerberin bzw. des vorgeschlagenen Bewerbers nach dem Muster der Anlage 12a zur KWahlO, dass sie oder er der Aufstellung zustimmt und für keinen anderen Wahlvorschlag in einem Wahlbezirk des Wahlgebietes die Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber gegeben hat. Die Erklärung kann auch auf dem Wahlvorschlag nach dem Muster der Anlage 11a zur KWahlO abgegeben werden. Die ordnungsgemäße Abgabe der Zustimmungserklärung bis zum Ablauf der Einreichungsfrist ist Voraussetzung für die Abgabe eines gültigen Wahlvorschlags;
- eine Wählbarkeitsbescheinigung nach dem Muster der Anlage 13a zur KWahlO; die Bescheinigung kann auch auf dem Wahlvorschlag nach dem Muster der Anlage 11a zur KWahlO erteilt werden;
- bei Wahlvorschlägen von Parteien oder Wählergruppen eine Ausfertigung der Niederschrift über die Versammlung der Partei oder der Wählergruppe zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber, im Falle eines Einspruchs nach § 17 Abs. 6 KWahlG auch eine Niederschrift über die wiederholte Abstimmung, mit den nach § 17 Abs. 8 KWahlG vorgeschriebenen Versicherungen an Eides statt; ihrer Beifügung bedarf es nicht, soweit eine Ausfertigung der Niederschrift und der Versicherung an Eides statt einem anderen Wahlvorschlag im Wahlgebiet beigefügt ist. Die Niederschrift soll nach

dem Muster der Anlage 9a zur KWahlO gefertigt, die Versicherung an Eides statt nach dem Muster der Anlage 10a zur KWahlO abgegeben werden;

- die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichnenden, sofern der Wahlvorschlag von Wahlberechtigten des Wahlbezirks unterzeichnet sein muss;
- sofern sich Beamtinnen und Beamte oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 13 Abs. 1 oder 6 des KWahlG bewerben eine Bescheinigung über ihr Dienst- und Beschäftigungsverhältnis, sowie im Falle des § 13 Abs. 1 S. 1 Buchstaben b oder d KWahlG auch die ausgeübte Tätigkeit, falls der Wahlleiter dies zur Behebung von Zweifeln für erforderlich hält.

3. Wahlvorschläge für die Reserveliste

3.1. Für die Reserveliste können nur Bewerberinnen und Bewerber benannt werden, die für eine Partei oder Wählergruppe auftreten. Die Reserveliste muss von der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung der Partei oder der Wählergruppe unterzeichnet sein.

3.2. Die Reserveliste soll nach dem Muster der Anlage 11b zur KWahlO eingereicht werden. Sie muss enthalten:

- Den Namen der Partei oder Wählergruppe, welche die Reserveliste einreicht;
- Familiennamen, Vornamen, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift (bei mehreren Wohnungen die Anschrift der Hauptwohnung) und E-Mail-Adresse oder Postfach sowie die Staatsangehörigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers; bei Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmenden nach § 13 Absätze 1 und 6 KWahlG sind auch der Dienstherr und die Beschäftigungsbehörde oder die Gesellschaft, Stiftung oder Anstalt, bei der sie beschäftigt sind, anzugeben.

Die Reserveliste soll ferner Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten.

Auf der Reserveliste kann vorgesehen werden, dass eine Bewerberin oder ein Bewerber, unbeschadet der Reihenfolge im Übrigen, Ersatzbewerberin oder Ersatzbewerber in einem Wahlbezirk oder für eine bzw. einen auf einer Reserveliste aufgestellte Bewerberin oder aufgestellten Bewerber sein soll.

3.3. Soll eine Bewerberin oder ein Bewerber auf der Reserveliste Ersatzbewerberin bzw. Ersatzbewerber für einen im Wahlbezirk oder für eine auf der Reserveliste aufgestellte andere Bewerberin oder einen anderen Bewerber sein (§ 16 Abs. 2 KWahlG), so muss die Reserveliste ferner enthalten:

- Den Familien- und Vornamen der zu ersetzenden Bewerberin oder des zu ersetzenden Bewerbers;

- den Wahlbezirk oder die laufende Nummer der Reserveliste, in dem oder unter der die zu ersetzende Bewerberin bzw. der zu ersetzende Bewerber aufgestellt ist.

3.4. Reservelisten der hier unter Ziffer 1.3 geführten Parteien und Wählergruppen müssen außerdem von 0,6 Promille der Wahlberechtigten des Wahlgebiets, und zwar mindestens von fünf und höchstens von 60 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterschrieben sein (§ 16 Abs. 1 S. 3 KWahlG). Die erforderliche Anzahl beträgt für die Kreisstadt Mettmann 19 Wahlberechtigte.

3.5. In den Fällen nach Ziff. 3.4 dieser Bekanntmachung sind die Unterschriften auf amtlichen Formblättern nach dem Muster der Anlage 14b zur KWahlO zu erbringen; bei der Anforderung der Formblätter ist die Bezeichnung der Partei oder Wählergruppe anzugeben. Für die Unterzeichnung gilt Ziff. 2.1 entsprechend. Die Zustimmungserklärung der Bewerberinnen und Bewerber ist auf der Reserveliste nach dem Muster der Anlage 11b oder einzeln nach dem Muster der Anlage 12b zur KWahlO abzugeben. Einer Bescheinigung der Wählbarkeit bedarf es nicht, soweit Bewerberinnen und Bewerber gleichzeitig für einen Wahlbezirk aufgestellt sind und die Bescheinigung dem Wahlbezirksvorschlag beigefügt ist.

4. Wahlvorschläge für die Wahl der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters

4.1. Jeder Wahlvorschlag darf nur eine Bewerberin oder einen Bewerber enthalten. Wer gemäß § 65 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wählbar ist, kann sich selbst vorschlagen; für einen solchen Vorschlag gelten die Regelungen für Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber entsprechend. § 15 Abs. 2 S. 3 i.V.m § 46d Abs. 1 KWahlG findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die dort genannten Wahlvorschläge von mindestens drei Mal so viel Wahlberechtigten, wie die Vertretung Mitglieder hat, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein müssen. Für die Kreisstadt Mettmann sind dies entsprechend 132 Wahlberechtigte (Stand: 03.06.2020). Dies gilt nicht, wenn damit die bisherige Bürgermeisterin als Bewerberin oder der bisherige Bürgermeister als Bewerber vorgeschlagen wird.

4.2. Bewerberinnen und Bewerber können nicht gleichzeitig für die Wahl zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister bzw. zur Landrätin oder zum Landrat in mehreren Gemeinden oder Kreisen kandidieren.

4.3. Gemeinsame Wahlvorschläge sind zulässig. Wird eine Person von mehreren Parteien oder Wählergruppen als gemeinsame Bewerberin oder gemeinsamer Bewerber benannt, ist sie hierzu in geheimer Abstimmung entweder in einer gemeinsamen Versammlung oder in getrennten Versammlungen der Wahlvorschlagsträger zu wählen. Die Wahlvorschlagsträger des gemeinsamen Wahlvorschlags dürfen keine andere Bewerberin und keinen anderen Bewerber wählen als den gemeinsam zur Wahl vorgeschlagenen.

4.4. Gemäß § 75b Abs. 2 S. 1 KWahlO soll der Wahlvorschlag nach dem Muster der Anlage 11d zur KWahlO eingereicht werden. Er muss enthalten:

- Den Namen und ggf. die Kurzbezeichnung der Partei oder Wählergruppe, die den Wahlvorschlag einreicht; andere Wahlvorschläge können auch durch ein Kennwort des Wahlvorschlagsträgers gekennzeichnet werden;
- Familiennamen, Vornamen, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift (bei mehreren Wohnungen die Anschrift der Hauptwohnung) und E-Mail-Adresse oder Postfach sowie die Staatsangehörigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers.

Der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe muss von der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung unterzeichnet sein (§ 15 Abs. 2 S. 1 KWahlG). Bei anderen Wahlvorschlägen muss die Unterzeichnerin oder der Unterzeichner des Wahlvorschlags im Wahlgebiet wahlberechtigt sein; § 46d Abs. 1 S. 2 KWahlG bleibt unberührt. Aus dem Wahlvorschlag sollen ferner Namen und Anschriften von Vertrauensperson und stellvertretender Vertrauensperson hervorgehen.

- § 26 Abs. 3 KWahlO gilt sinngemäß. Die Unterstützungsunterschriften sind auf amtlichen Formblättern nach Anlage 14c zur KWahlO zu erbringen; bei der Anforderung der Formblätter ist die Bezeichnung des Wahlvorschlagsträgers, bei Parteien und Wählergruppen auch deren Kurzbezeichnung, anzugeben.
- § 26 Abs. 4 Nr. 1 bis 4 KWahlO gilt unter der Maßgabe sinngemäß, dass die Zustimmungserklärung nach dem Muster der Anlage 12c zur KWahlO abzugeben ist und die Bewerberin bzw. der Bewerber darauf zu versichern hat, dass sie oder er für keine andere Wahl zur Bürgermeisterin bzw. zum Bürgermeister oder zur Landrätin bzw. zum Landrat kandidiert; die Erklärung kann auch auf dem Wahlvorschlag nach dem Muster der Anlage 11d zur KWahlO abgegeben werden. Für die Bescheinigung der Wählbarkeit durch die zuständige Gemeinde ist das Muster der Anlage 13b zur KWahlO zu verwenden. Die Bescheinigung kann auch auf dem Wahlvorschlag nach dem Muster der Anlage 11d zur KWahlO abgegeben werden. Die Niederschrift über die Versammlung der Partei oder Wählergruppe zur Aufstellung der Bewerberin oder des Bewerbers soll nach dem Muster der Anlage 9c zur KWahlO gefertigt, die Versicherung an Eides statt nach dem Muster der Anlage 10c zur KWahlO abgegeben werden.
- Für gemeinsame Wahlvorschläge (§ 46d Abs. 3 und 4 KWahlG) gilt § 75b Abs. 2 bis 4 KWahlO entsprechend. Es sind dabei jeweils alle Wahlvorschlagsträger zu benennen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag muss von der jeweiligen für das Wahlgebiet zuständigen Leitung aller Wahlvorschlagsträger unterzeichnet sein. Unterstützungsunterschriften nach dem Muster der Anlage 14c zur KWahlO sind beizubringen, wenn keiner der Wahlvorschlagsträger die Voraussetzungen des § 15 Abs. 2 S. 2 KWahlG erfüllt.

5. Einreichungsfrist und Wahlbezirke

Die Wahlvorschläge für die Wahl der Vertretung und die Wahl der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters der Kreisstadt Mettmann sind bis zum 48. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter der Kreisstadt Mettmann einzureichen (Ausschlussfrist).

Als Wahltermin ist Sonntag, der 13.09.2020 bekannt gemacht. Demzufolge ist die Einreichung von Wahlvorschlägen bis Montag, den 27.07.2020, 18:00 Uhr, möglich.

Es wird darum gebeten, die Wahlvorschläge möglichst frühzeitig einzureichen, um eventuell bestehende Mängel, welche die Gültigkeit von Wahlvorschlägen berühren, rechtzeitig beheben zu können.

Das Wahlgebiet ist in zwanzig Wahlbezirke eingeteilt. Die Einteilung wurde durch Aushang im Rathaus (vereinfachte Bekanntmachung nach § 6 KWahlG i.V.m § 83 Abs. 4 KWahlO) in der Zeit vom 31.01.2020 bis 14.02.2020 öffentlich bekannt gemacht. Die Einteilung des Wahlgebietes kann zudem über die Homepage der Kreisstadt Mettmann eingesehen werden.

II.

Die öffentliche Bekanntmachung über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die im Jahr 2020 stattfindenden Wahlen der Vertretung der Kreisstadt Mettmann sowie der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters vom 13.03.2020 wird hiermit gegenstandslos.

Mettmann, den 04.06.2020

gez.
Stang
stellvertretender Wahlleiter